

Die politischen Kräfte in Makedonien

Der Weg in die EU – begleitet von innenpolitischen Herausforderungen

Essay zur Makedonien-Exkursion (2013) des Lehrstuhls für Geschichte Südost- und Osteuropas
der Universität Regensburg¹

von Miriam Buchmann, Blerina Kelmendi, Katharina Bicvic

Makedonien rückt meist dann in den Fokus der ausländischen Berichterstattung, wenn es um den Namensstreit mit Griechenland geht. Selten dringen Details über das innenpolitische Kräftefeld des Landes in die Öffentlichkeit. Das höchste politische Ziel Makedoniens ist der EU-Beitritt, in den alles investiert wird. Der lange Weg in die EU wird dabei aber nicht selten durch politische Instabilitäten erschwert. Einigkeit und eine funktionierende parlamentarische Organisation sind in der zerrütteten Parteienlandschaft Makedoniens kaum zu finden. Die Opposition kann meist nur ohnmächtig dem Treiben der Regierungspartei zusehen oder riskiert durch das Beharren auf einer starken Gegenposition den innenpolitischen Stillstand. Dies ist vor allem auf die Konfrontation zwischen den beiden größten ethnisch makedonischen Parteien, der regierenden rechtskonservativen VMRO-DPMNE und den oppositionellen Sozialdemokraten SDSM, zurückzuführen. Hinzu kommt, dass der Regierungsstil der VMRO-DPMNE autoritäre Züge annimmt, was sich in der Einschränkung der Meinungsfreiheit und der stetig wachsenden Kontrolle über die Medien äußert. Wie politisch erfolgreich kann also ein Land sein, dessen größtes Ziel die EU-Annäherung und zugleich die innenpolitische Organisation den größten Hemmschuh darstellt? Um dieser Frage nachzugehen, möchten wir die politischen Kräfte in Makedonien näher beleuchten. Auf der Exkursion konnten wir bestätigt sehen, dass die makedonische Parteienlandschaft von multiplen Konfliktlinien durchzogen ist. Deswegen drängt sich für uns die These auf, dass die innenpolitischen Herausforderungen durch die Konflikte zwischen den Parteien wachsen und Konfliktlösungen sowie ein demokratisch funktionaler Regierungsstil erst möglich sind, wenn die Parteien die gesellschaftlichen und politischen Konfliktlinien überschreiten, sodass eine entwicklungsfördernde Kommunikation entsteht.

Allgemein ist festzuhalten, dass Makedonien nicht der einzige post-jugoslawische Staat ist, der mit politischen Instabilitäten zu kämpfen hat. Die Gründungsphase der politischen Parteien erfolgte in Makedonien um 1990, als sich die innenpolitische Krise Jugoslawiens immer stärker abzeichnete. Ende 1989 lockerten die Kommunisten ihre parteipolitische Monopolstellung, aber die erste gesetzliche Grundlage für die Parteien erfolgte erst kurz vor den Parlamentswahlen 1994 durch das Parteiengesetz (zakon za političkite partii). Die

¹ 19.-27. Mai 2013: <http://www.uni-regensburg.de/philosophie-kunst-geschichte-gesellschaft/geschichte-suedost-osteuropa/exkursionen/makedonien-2013/index.html>.

politische Landschaft entstand nicht unmittelbar im Widerspruch zur Vergangenheit, sondern spiegelte die Legalisierung der bereits in den 1980ern aufkommenden politischen Strömungen innerhalb der kommunistischen Partei wider, mit Ausnahme der anti-kommunistischen VMRO-DPMNE (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Makedonische Nationale Einheit). Zwei Konfliktlinien kennzeichnen das makedonische Parteiensystem, eine politische (post-kommunistisch – anti-kommunistisch) und eine ethnisch/nationale (makedonisch – albanisch). Aus dem Parteienspektrum haben sich zwei Großparteien mit starker Polarisierung entwickelt, VMRO-DPMNE und SDSM (Sozialdemokratische Liga Makedoniens), die die parteipolitische Landschaft dominieren. Die beiden ethnisch makedonischen Parteien wechseln sich seitdem in der Regierungsführung ab, wobei sie zur Mehrheitsbildung auf Koalitionen mit Minderheitenparteien angewiesen sind, da eine große Koalition in Anbetracht der gravierenden Unterschiede der Parteien nicht möglich ist. So geschah es, dass meist eine der albanischen Parteien den Weg in die Regierung über eine Koalition mit einer der beiden Parteien fand. Im Moment ist die DUI der Koalitionspartner der VMRO-DPMNE.

Die SDSM ging aus dem ehemaligen Bund der Kommunisten Makedoniens hervor. Bislang konnte sie sich zweimal als Regierungspartei durchsetzen (1992-1998, 2002-2006). Die Partei tritt für sozial-liberale Wirtschaftspolitik, stärkere Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft und mehr Flexibilität im Namensstreit ein, damit die Aufnahme Makedoniens in NATO und EU vorangetrieben werden kann. Die VMRO-DPMNE sieht sich als Nachfolger der national-revolutionären VMRO aus der Zeit um 1900. Sie gehört zu den rechtsorientierten, nationalistischen Parteien und führt nach eigenen Angaben einen christlich-demokratischen Regierungsstil. Sie tritt für eine Beschleunigung der Wirtschaftsreformen ein und vertritt eine harte Linie im Namensstreit mit Griechenland. Experten sehen deswegen die EU-Beitrittsverhandlungen durch die mangelnde Flexibilität der VMRO-DPMNE gefährdet.

Am 5. Juni 2011 wurde in vorgezogenen Wahlen ein neues Parlament gewählt. Es konnte sich erneut das Koalitionsbündnis von der national-konservativen VMRO-DPMNE, angeführt von Premierminister *Nikola Gruevski*, und der albanischen Partei DUI gegenüber dem Linksbündnis, geführt durch den Sozialdemokratischen Bund SDSM, durchsetzen und somit die Regierungsarbeit fortführen. Die Koalition hat jedoch die absolute Mehrheit im Parlament verloren und ist noch stärker auf ihren Koalitionspartner DUI angewiesen, dessen Position im Regierungskabinett durch die Wahl gestärkt wurde. *Branko Crvenkovski*, Staatspräsident von 2004-2009, hat den Parteivorsitz der SDSM übernommen und erklärte, dass die Sozialdemokraten im Parlament eine starke Opposition sein werden, ohne deren Einverständnis Beschlüsse der Regierung nicht durchzusetzen seien.

Auf der Exkursion konnten wir bei einem Besuch bei der Regierung einen kleinen Eindruck über die politischen Ziele Makedoniens und deren Realisierung gewinnen.



Auch bei diesem Besuch galt der Fokus den EU-Beitrittsbemühungen. Die Stellungnahme der vertretenden Sprecherinnen beschränkte sich auf die außenpolitische Orientierung der Regierung. Auf den Namenstreit angesprochen wurde betont, dass mehr Flexibilität seitens der Regierung nicht zu erwarten ist. Man gehe davon aus, dass die EU von Makedonien keine Namensänderung verlangen wird, und sollte dies dennoch den Weg in die EU verhindern, so wolle man sich nicht auf eine Alternative einlassen. Dies kennzeichnet den harten Kurs der aktuellen Regierung. Nikola Gruevski ist seit 2006 Premierminister, allerdings fällt die Bilanz der bisherigen Regierungszeit nicht positiv aus. Der Namenstreit mit Griechenland blockiert seit Jahren Makedoniens Bemühungen, der NATO und EU beizutreten. Die außenpolitische Blockade hemmt das Reformtempo und führt zu innenpolitischem Stillstand. Darüber hinaus hat sich durch den Konflikt ein identitätspolitischer Nationalismus entwickelt, der die inter-ethnische Integration belastet. Diese innenpolitischen Probleme wurden bei dem Besuch bedauerlicherweise nicht angesprochen. In ihrer Stellungnahme setzten die Vertreterinnen den Fokus auf das Potential, das Makedonien besitzt, und wieder einmal die Betonung auf die Beitrittsbemühungen. Von einer europäischen Krise, wie sie zeitweise zum Beispiel in Deutschland diskutiert wird, wollen sie nichts wissen. Vielmehr scheint die EU das höchste Ziel zu sein, dessen Erreichung aller Zweifel erhaben ist. Man sieht in Kroatien, das den Beitritt erst vor kurzem geschafft hat, ein Vorbild, dem man folgen möchte.

Die Kommunalwahlen im März 2013 haben die starke Position der Regierungspartei, VMRO-DPMNE, auch auf lokaler Ebene bestätigt. Wie ist dieses Wahlergebnis zu deuten? Die Regierungsmehrheit wird sich durch den Erfolg in ihrem Kurs bestätigt sehen und keine Veränderungen an ihrem eigenwilligen Regierungsstil vornehmen, der nicht auf Kompromissfindung mit der Opposition zum Wohle des ganzen Landes ausgerichtet ist. Die Befürchtung, dass der autokratisch-nationalistische Regierungskurs die weitere EU-Beitrittsperspektive gefährdet, bleibt bestehen.

Das Wählerverhalten zeigt zudem, dass die Bevölkerung die politische Blockade satt hat. Wichtig im Zusammenhang mit der Regierungsbildung ist zudem die Einbindung von Minderheitenparteien, denn die starke Multiethnizität Makedoniens ist auch im Parteiensystem des Landes deutlich erkennbar. Neben den makedonischen Parteien gibt es zahlreiche kleinere Parteien der ethnischen Minderheiten des Landes (z.B. Vlachen, Bosniaken, Türken, Serben, Roma). Damit diese Sitze in den lokalen wie auch im nationalen Parlament bekommen, müssen sie Bündnisse mit den großen Parteien eingehen. Im Jahr 2006 wurde vor den Parlamentswahlen ein neues Wahlgesetz verabschiedet. Darin enthalten sind auch Regelungen, um die Vertretung von ethnischen Minderheiten im Parteiensystem zu verbessern. Eher kritisch wird dagegen der im Parlament existierende Ausschuss für interethnische Angelegenheiten gesehen, da hier an der Effektivität gezweifelt wird.

Neben den kleineren ethnischen Minderheiten gibt es in Makedonien noch die Albaner, welche 25% der Gesamtbevölkerung ausmachen und hauptsächlich im westlichen Teil Makedoniens angesiedelt sind. Im Vergleich zu anderen südosteuropäischen Ländern wird die albanische Minderheit in Makedonien durch eine Vielzahl von Parteien vertreten. Heute spielen die albanischen Parteien eine wichtige Rolle im politischen System. Sie sind wichtige Koalitionspartner der makedonischen Parteien (VMRO-DPMNE; SDSM), und die drittgrößte

Partei des Landes ist sogar die albanische Partei DUI („Demokratische Union für Integration“). Doch dies war nicht immer der Fall. Bis 2002 hatten die albanischen Parteien nur eine untergeordnete Position in der Regierung. Erst durch das Rahmenabkommen von Ohrid vom Jahr 2001, welches die militärische Auseinandersetzung im Land beendete, wurden sie dauerhaft in das politische Leben des Landes integriert und ihre bis dahin schwache Position in den jeweiligen multiethnischen Koalitionen gestärkt.

Für die aktuelle politische Lage spielen drei albanische Parteien eine wichtige Rolle. Die erste und älteste Partei ist die 1997 entstandene „Demokratische Partei der Albaner“ (DPA), welche sich bei den Wahlen 2011 acht Sitze im Parlament sichern konnte und seit 2008 Koalitionspartner der SDSM ist. Die „Nationale Demokratische Wiedergeburt“ (NDP) existiert erst seit dem 6. März 2011 und konnte bei den Wahlen im Jahr 2011 bereits zwei Sitze gewinnen. Die größte albanische Partei und drittgrößte Partei des Landes ist die bereits genannte DUI. Entstanden ist sie aus den ehemaligen Mitgliedern der UÇK (Nationale Befreiungsarmee) am 5. Juni 2002. Geführt wird die Partei von dem ehemaligen UÇK-Kommandanten Ali Ahmeti. 2008 ging die DUI eine Koalition mit der VMRO-DPMNE ein. Seit 2011 konnte sie sich 15 Sitze im Parlament sichern.

Auffällig bei der Betrachtung der Forderungen und Ziele der albanischen Parteien ist, dass sie sich kaum voneinander unterscheiden. Hauptsächlich geht es ihnen um mehr Rechte der Albaner und um die EU-Integration. Den politischen Diskurs bestimmen ohnehin nicht die Inhalte. Persönliches Machtstreben, Streben nach persönlicher Bereicherung, persönliche Netzwerke und Klientelismus sowie Korruption sind bestimmend.

Auf der Exkursion war es uns möglich, Artan Grubi, den Leiter des Kabinetts des Präsidenten und Politischen Berater, persönlich zu treffen. Dieses Treffen hat einige wichtige Eindrücke bei unserer Exkursionsgruppe hinterlassen, welche im Folgenden aufgezeigt werden.





Herr Grubi hat im Allgemeinen einen positiven Eindruck hinterlassen. Er war sympathisch und freundlich und hat uns in gutem Englisch die Geschichte der Partei und die heutige Situation in Makedonien erklärt. Die nationalistisch aufgeladene Situation im Land hat sich auch bei diesem Besuch deutlich gezeigt. Da es sich diesmal aber um einen Vertreter der albanischen Minderheit handelte, war es hier aber der albanische Nationalismus, der stark zum Vorschein kam. Ein großes Thema des Treffens war die albanische Flagge, zu der sich die Albaner stark hingezogen fühlen. Obwohl die Albaner makedonische Staatsbürger sind, können sie sich nicht mit der makedonischen Flagge identifizieren. Laut Herrn Grubi sei die makedonische Flagge für die Albaner nur die Flagge des makedonischen Staates, nicht aber ihrer nationalen Identität. Als Lösung dieses Identitätsproblems kam der Vorschlag, dass auch die Makedonier eine nationale Flagge haben sollten und die makedonische Flagge solle lediglich als Staatsflagge dienen und nicht Flagge der verschiedenen Ethnien sein.

Die Albaner sind sehr an der Lösung der Namensfrage interessiert, da alles, was sie bisher erreicht haben, auf Grund des Namensstreites gefährdet ist. Damit wird hauptsächlich die Aufnahme in die EU gemeint, die wie bei allen anderen Treffen auch für die DUI als sehr wichtig dargestellt wird. Obwohl die DUI und die VMRO-DPMNE Koalitionspartner sind, herrschen Gegensätze innerhalb der Koalition. Während die VMRO-DPMNE den Namen Makedoniens für die Aufnahme in die EU nicht ändern würde, erklärte Herr Grubi, als Vertreter der Partei, dass er kein Problem damit hätte, den Namen Makedoniens zu ändern, um in die EU aufgenommen zu werden.

Ein wenig schockierend waren die Aussagen von Artan Grubi über den Krieg. Er ist der Meinung, dass es keine friedlichen Lösungen für die Probleme zwischen den Ethnien gibt und dass die Albaner auf friedlichem Weg niemals Gleichheit erlangen können. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, dass die albanische Universität in Tetovo, die sehr wichtig für die Albaner ist, ebenfalls durch den Krieg entstanden ist. Weiterhin sagte er, dass es wichtig und

gut ist, dass die Albaner eine eigene, albanische Universität haben. Es sei auch nicht schlimm, dass die Albaner dadurch getrennt von den Makedoniern studieren.

Doch genau diese Separation führt zu großen Problemen im Land. Die Politiker sollten versuchen, dass es zu einer Annäherung zwischen den Ethnien kommt. Die Gutheißung von getrennten Universitäten ist kein guter Anfang, um die Probleme aus dem Weg zu räumen.

Diese Spannungsfelder spiegeln sich auch in der aktuellen politischen Lage wider. Seit dem Gewinn der Parlamentswahlen 2006 regiert die VMRO-DPMNE in Koalition mit der albanischen Partei DUI. Seitdem wird sowohl national als auch international stark an den demokratischen Prinzipien der Regierung gezweifelt. Dafür sprechen mehrere innenpolitische Zwiespalte sowie Änderungen des Wahlsystems zugunsten der Spitzenpartei. Es gibt Anzeichen für einen Wandel zum Autoritarismus in Makedonien. Der Staat ist einer von denjenigen, die nach dem Ende der Jugoslawischen Republik keine festen demokratischen Strukturen konsolidieren und internalisieren konnten. Stattdessen wird durch Korruption und autoritäre Herrschaftsformen versucht, die Macht der Regierungspartei zu erhalten.

Die Haushaltsdebatte – Ein handgreiflicher Streit zwischen Regierung und Opposition

Während den Diskussionen am 24. Dezember 2012 (auch „schwarzer Freitag“ genannt) über die staatlichen Haushaltsausgaben 2013 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Regierungspartei VMRO-DPMNE und Anhängern der SDSM. Es handelte sich hier um einen Boykott der Opposition, die das Parlamentsgebäude blockierte, um geplante Verhandlungen über den Haushalt zu verhindern. Es kam zu Handgreiflichkeiten zwischen beiden Blöcken, und auch einige Verletzungen waren auf der Tagesordnung. Interessant ist jedoch die Ursache der Auseinandersetzung über den Haushalt. Die Opposition weigerte sich, dem Haushaltsentwurf der Regierung zuzustimmen und brachte in der Etatdebatte 1200 Änderungsvorschläge vor, von denen keiner von der VMRO-DPMNE angenommen wurde. Im Zuge dessen wollten die Anhänger der SDSM verhindern, dass der unveränderte Haushaltsplan verabschiedet wird. Nachdem die Oppositionsmitglieder gewalttätig aus dem Gebäude geführt wurden, verabschiedete die Regierung den Haushalt.

Hieran ist eindeutig erkennbar, wie aussichtslos ein Vorgehen gegen die Regierung ist, da sie auch ohne Rücksicht auf Verluste ihre Ziele durchsetzt. Die VMRO-DPMNE spielt ihre Macht aus und handelt trotz Gegenstimmen und Protesten im Alleingang. Die Opposition antwortete auf den „schwarzen Freitag“ mit einem Aufruf an die Bevölkerung, gegen die Regierung zu protestieren und sie zu stürzen.

Eingeschränkte Medienfreiheit

Von einer Nacht auf die andere scheint der Medienpluralismus in Makedonien ausgelöscht worden zu sein. Der beliebte Fernsehsender A1 sowie drei Tageszeitungen wurden von der Regierung eingestellt. Der Grund für dieses Vorgehen seien unterschlagene Steuerzahlungen des Unternehmers, dem die oben genannten Medien gehören. Sowohl die makedonische

Opposition, als auch NGO's sehen die Steuerhinterziehung nur als Vorwand, um die Verbreitung der Medieninhalte stoppen zu können. Denn der Unternehmer Velija Ramkovski sei einer der wenigen Berichterstatter, der der Regierung mittlerweile kritisch gegenübersteht. Andere Zeitungen sowie Fernseh- und Radiosender stehen der politischen Spitze nahe. Auch Ramkovski habe noch bis 2009 gute Beziehungen zur Regierungspartei geführt, was sich aber nach einem Streit mit Premierminister Nikola Gruevski änderte.

Die Medienfreiheit, die ein wichtiger Teil in einem demokratischen Staat ist, wurde für eigene Zwecke von der Parteispitze eingeschränkt. Damit wird die politische Willensbildung des Volkes beeinflusst, indem nur ausgewählte Medien zur Bevölkerung dringen dürfen. Gezielt wird von der VMRO-DPMNE versucht, die Legitimation durch das Volk aufrecht zu erhalten und kritische Stimmen zu vermeiden. Die Einschränkung der Presse und der digitalen Medien stellt einen Eingriff in grundlegende Rechte jedes Menschen dar. Auch an diesem Beispiel sind autoritäre Züge der Regierung zu erkennen.

Das Wahlsystem als Teil eines demokratischen Staates

Die Stabilität eines Wahlsystems ist ein Indikator für die Stabilität im Staat. Es bestehen evidente Zusammenhänge zwischen Wahlsystemen und Regierungen. In festen, stark entwickelten Staaten ist ein Wechsel des Wahlsystems unwahrscheinlicher als in schwachen Demokratien.

Bei der Betrachtung der einzelnen postjugoslawischen Länder und deren Entwicklungen im Wahlprinzip lassen sich verschiedene Tendenzen und Stabilitätsgrade der Regierungen erkennen. Im direkten Vergleich von Serbien, Slowenien, Kroatien, Montenegro und Makedonien nimmt Makedonien seit 1990 eine mittel-stabile Position ein, während die restlichen Staaten von schwach bis stark variieren.

Mit dem Beispiel des Wahlsystems soll die Stabilität des politischen Systems widerspiegelt werden. Überwiegend sind bei Transitionsprozessen Änderungen im Wahlsystem zu erkennen. Da vor allem in Makedonien das Eigeninteresse der politischen Akteure über dem Gemeinwohl steht, variieren je nach Regierung Ziele und Interessen, was zu Wahlsystemänderungen führen kann. Um die eigenen Machtbestrebungen mit mehrheitlicher Zustimmung durchführen zu können, kam es in Mazedonien im Postsozialismus zu Wahlmanipulationen und gewaltsamer Mobilisierung von Parteien. Die Kommunalwahlen im Frühjahr dieses Jahres wurden von der staatlichen Wahlkommission sowie von EU- und OSZE-Vertretern überwacht, da diese in einer Zeit der politischen Krise durchgeführt wurden.

Die Exkursion bot viele Einblicke in verschiedene politische und organisatorische Bereiche. Leider hatten wir nicht die Möglichkeit, ein Mitglied der VMRO-DPMNE oder SDSM zu treffen, und generell fiel selten ein Wort über die Regierungspartei, aber auch unausgesprochene Worte sagen viel über die Stimmung im Volk aus. In Gesprächen mit Makedoniern erhielt man oft den Eindruck, die Menschen trauten sich nicht etwas Negatives über die politische Spitze ihres Landes zu sagen. Wurde nach der Meinung über eine von der Regierung entschiedene Maßnahme gefragt, entstand zunächst eine 3-sekündige Pause, bevor

vorsichtig gewählte Worte eine allgemein gehaltene Antwort formulierten. Allerdings soll dies nicht den Eindruck erwecken, die Bevölkerung stehe unter Druck. Das vermeintliche Schweigen rührt vielmehr daher, dass die Makedonier sich damit abgefunden haben, dass ein Vorgehen gegen die Regierung mehr zu ihrem eigenen Nachteil wäre, statt positive Folgen nach sich zu ziehen.

Das eigensinnige Handeln der VMRO-DPMNE ist nicht zu übersehen, da die Haushaltsgelder in Bereiche wie Kultur und Tourismus fließen, obwohl es von viel größerer Notwendigkeit ist, die Arbeitslosenquote zu senken. Die meisten Menschen leben entweder in Armut oder haben gerade so viel Geld, um ihre Familie zu versorgen. Man bekommt den Eindruck, die Exportgüter Makedoniens beschränken sich auf Textilien und Ajvar. Die soziale, wirtschaftliche und politische Lage sind sehr instabil. Niemand kann wirklich sagen, wo das Geld hinfließt. Sicher ist, dass es nicht an den richtigen Stellen eingesetzt wird und die Bevölkerung unter dem Eigennutz der Regierung leiden muss.

All diese Faktoren deuten darauf hin, dass man in Makedonien weit davon entfernt ist, die wirtschaftliche Situation des Landes maßgeblich zu verbessern. Der außenpolitische Fokus auf die EU lässt innenpolitische Probleme in den Hintergrund rücken. Zwar wird alles Erdenkliche unternommen, den gesetzten Standards und Anforderungen gerecht zu werden, allerdings sind diese Maßnahmen oft nur oberflächlich bemerkbar und greifen nicht tief genug in der Gesellschaft. Nach wie vor werden der jungen Generation zu wenige Perspektiven ermöglicht, sodass das Entwicklungspotential des Landes durch die Emigration leistungsstarker junger Menschen noch mehr geschwächt wird. Dafür müssen vor allem die politischen Kräfte zur Verantwortung gezogen werden. Die größte Energie wird auf die Außenpolitik verwendet, innenpolitische Entwicklungen kommen dabei zu kurz. Hinzu kommt, dass das Kräfteingen der makedonischen Parteien maßgeblich zu Instabilität führt. Herausforderungen, wie zum Beispiel der Namensstreit mit Griechenland, werden so nicht zu bewältigen sein.

Literatur

Bongartz, Heinz: Was ist los in Mazedonien? Ein parlamentarisches Trauerspiel vor den Toren der EU. Friedrich- Ebert- Stiftung. März 2013.

Brunnbauer, Ulf: Les partis albanais en République de Macédoine: le cercle vicieux de l'ethnopolitique (1990-2006). übers. Nadege Rugaru, in: Revue d'études comparatives Est-Ouest, 38:4 (2007), 83-114.

Clewig, Konrad, Schmitt, Oliver Jens (Hrsg.): Geschichte Südosteuropas. Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg. 2011.

European Stability Initiative: The other macedonian conflict. 2002.

U.A.: Political identities in the Republic of Macedonia. Summary S. 235-252.

Venuß, Jacob: Wahlsystemwandel in Südosteuropa. Zur Stabilität von Wahlsystemen im postsozialistischen Raum. In: Südosteuropäische Hefte 1(2), S. 30-44.

Internetquellen

Auer, Dirk: Medien werden Mundtot gemacht. Besorgniserregende Situation in Mazedonien, in: dradio (16.07.2011), HTML: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/marktundmedien/1506378/> [24.07.2013].

Bertelsmann Transformation Index: Ranking 2003 Mazedonien. HTML: <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/178.0.html> [25.07.2013].

Czymmeck, Anja: Mazedonien: Sieg bei den Kommunalwahlen für die Regierungspartei, in: Konrad Adenauer Stiftung (März 2013), HTML: http://www.kas.de/wf/doc/kas_33935-1522-1-30.pdf?130326163745 [24.07.2013].

Homepage der DUI: siehe unter: <http://www.bdi.mk/documents/STATUTI.pdf>.

Homepage der DPA: siehe unter: <http://www.pdsh.info/images/lajmet/Platforma2011SQ.pdf>

Homepage der NDP: siehe unter: <http://www.rdk.org.mk/programi>.

Unbekannter Autor: Haushaltsdebatte. Tumulte im mazedonischen Parlament, in: Spiegel online (24.12.2012), HTML: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tumulte-bei-haushaltsdebatte-in-mazedoniens-parlament-a-874620.html> [25.07.2013].

Unbekannter Autor: Regierung in Mazedonien vor dritter Amtszeit, in: Focus online (06.06.2011), HTML: http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/parlamentswahl-regierung-in-mazedonien-vor-dritter-amtszeit_aid_634370.html [25.07.2013].